

GRUSSWORT

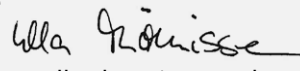
Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

unser frisch gewählter CDU-Kreisvorstand hat sich am 21. Oktober konstituiert. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit dem neuen Gremium, das neben meinen 3 Stellvertretern und dem Schatzmeister aus 16 Beisitzern (8 Frauen und 8 Männer) besteht. Neben der inhaltlichen Diskussion über politische Themen steht für uns konkret auch der von der Bundespartei angestoßene Reformprozess „Meine CDU 2017“ auf der Agenda.

Bitte beteiligen auch Sie sich zahlreich und sprechen Sie uns an, wenn Sie Fragen oder Anregungen haben. Sicherlich gibt es ausreichend Themen.

Bis dahin verbleibe ich mit herbstlichen Grüßen und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe von CDU-Kompakt

Ihre


Ulla Thönnissen MdL



THEMEN

FRAKTION

» Neuer Zuschnitt der Umweltzone durchgeboxt

LAND

» Flüchtlingskrise:
Große Herausforderungen

BUND

» Asylbeschleunigungsgesetz ist ein wichtiger Schritt

EUROPA

» Wir brauchen eine einheitliche europäische Datenschutzreform

FRAKTION

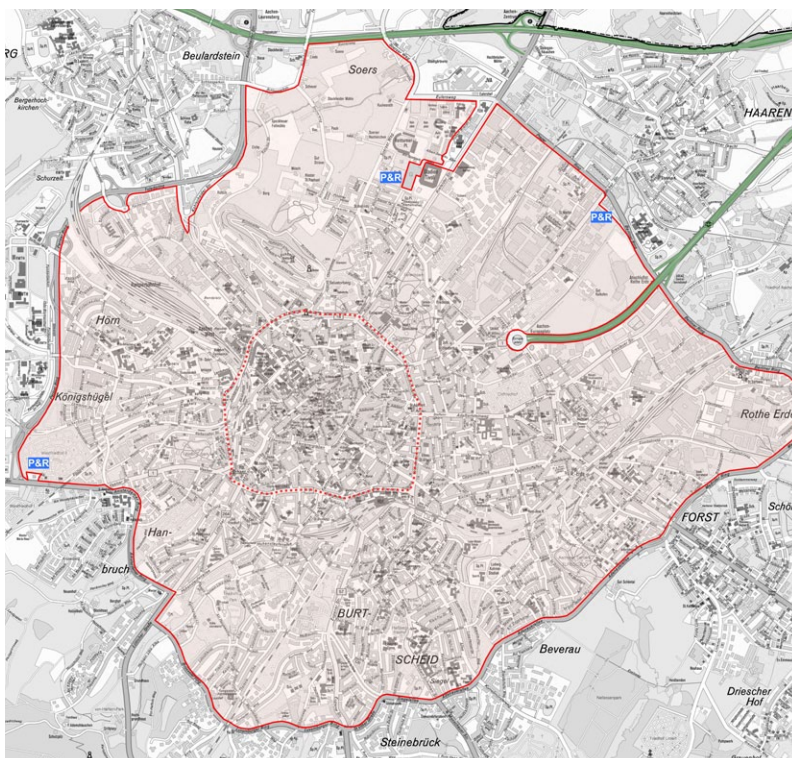
Neuer Zuschnitt der Umweltzone gemeinsam durchgeboxt.

Veränderungen erwirkt

Lange wehrte sich die Stadt Aachen vehement gegen die Anordnung der Bezirksregierung, in Aachen eine Umweltzone einzurichten. Dennoch wird eine Umweltzone am 1. Februar 2016 inkrafttreten. Auf Initiative von CDU und SPD konnten einige Veränderungen gegenüber den ersten Plänen erwirkt werden, die eine Erleichterung für die Aachenerinnen und Aachener darstellen.

Besserer Zuschnitt

Zum einen erfolgt ein besserer Zuschnitt der Umweltzone, sodass sichergestellt ist, dass die Erreichbarkeit von Park+Ride Plätzen, APAG Parkhäusern, dem Tivoli und der Uniklinik weiterhin gegeben ist. Entsprechende Parkmöglichkeiten für Besucher der Stadt Aachen werden somit weiterhin gegeben sein.



Gezielte Informationskampagnen

Gezielte Informationskampagnen in den benachbarten Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, in der Provinz Lüttich und der Provinz Limburg sowie in Südlimburg und der Parkstad sind geplant. Zum anderen konnte erreicht werden, dass der Start erst im Februar 2016 erfolgt. Der Einzelhandel kann nun etwas aufatmen, da ein Start der Zone zu Beginn des Weihnachtsgeschäfts für die Stadt besonders nachteilig gewesen wäre.

Die letzten entscheidenden Gespräche hat Oberbürgermeister Philipp unmittelbar mit den Ministerien in Düsseldorf und der EU-Kommission in Brüssel geführt. Die Anerkennung für den Aachener Luftreinhalteplan ist uneingeschränkt positiv. Von dem formalen Erfordernis der Einrichtung der Umweltzone wollte indes keiner abrücken.

(Gaby Breuer - mobilitätspolitische Sprecherin, Grafik: Stadt Aachen)

Flüchtlingskrise: Große Herausforderungen

Nach wie vor steht in den Kommunen, im Land und im Bund das Thema Flüchtlinge ganz oben auf der Tagesordnung. Die ganze Bandbreite der Thematik von A wie Asylantrag bis Z wie Zurückführung steht wieder und wieder zur Diskussion und stellt unser Land vor große Herausforderungen.

Zur Zeit geht es - auch bei uns in Aachen - um die eher praktischen Fragen: Wie können wo Unterkünfte organisiert werden, wie funktioniert die Gesundheitsversorgung der Menschen, wo werden die Kinder eingeschult etc....

Gewaltiger Kraftakt

Unsere Stadt hat bislang einen gewaltigen Kraftakt geleistet und echte Willkommenskultur bewiesen. Hierfür gebührt allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern große Anerkennung. Und auch den Verantwortlichen in unserer Verwaltung zollen wir Dank und Anerkennung, denn sie haben bislang den Spagat zwischen der Aufrechterhaltung der regulären Alltagsaufgaben und der Bewälti-

gung der Unterbringung und Betreuung der noch nie dagewesenen Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen geschafft.

Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommunen dringend Hilfe und Unterstützung von Land und Bund brauchen. In erster Linie ist es jetzt wichtig, dass die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels vom September konsequent umgesetzt werden. Das würde u.a. dazu führen, dass die ankommenden Asylsuchenden und Flüchtlinge erst dann auf die Kommunen verteilt werden, wenn sie einen förmlichen Antrag auf Asyl gestellt haben und ihnen ein Bleiberecht zumindest in Aussicht gestellt ist.

Diese klare Haltung ist fair gegenüber den Menschen, die nicht dauerhaft in Deutschland bleiben können und zurückgeführt werden in ihre Heimatländer. Darüber hinaus wird die Integrationsarbeit in den Städten und Gemeinden vor Ort erleichtert, sowohl für die Asylsuchenden selbst, wie auch für die im Integrationsprozess engagierten professionellen und ehrenamtlichen Helfer.

(Ulla Thönnissen MdL)

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist ein wichtiger Schritt

Deutschland ist in diesen Wochen und Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Sicherheit vor Krieg, Verfolgung und Not suchen. Diese Menschen verlassen ihre Länder weil sie Angst um ihr Leben und das ihrer Familien haben. Wir selbst würden wahrscheinlich ähnlich handeln.

Natürlich kann ich in diesen Zeiten auch die Sorgen verstehen. Sorgen, dass Deutschland den anhaltenden Flüchtlingsstrom nicht bewältigen könne, dass die Regierung nicht richtig handele oder, dass insbesondere die durch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entstehenden Kosten zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gingen und dass deutsche Bürger, die hilfsbedürftig sind, vernachlässigt würden.

Die Regierung arbeitet mit Hochdruck an Lösungen, denn klar ist, dass Deutschland nicht als einziges oder eines von wenigen Ländern unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann. Unser Land trägt dabei derzeit im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten einen überproportionalen Anteil. Ziel ist es, die Herkunftsländer zu unterstützen und die Fluchtursachen zu bekämpfen, damit sich nicht immer mehr Menschen auf den gefährlichen Weg nach Europa und Deutschland machen. Ende September hat dazu ein Bund-Länder-Gipfel stattgefunden, bei dem wichtige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vereinbart wurden. Am 15. Oktober hat der Deutsche Bundestag dazu mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein umfangreiches Gesetzespaket beschlossen.

Der Bund wird auch mit seiner ganzen finanziellen Kraft an der Lösung der Flüchtlingsfrage arbeiten und gibt Milliarden. Insbesondere gehört dazu, dass wir für 2015 die Länder um insgesamt 2 Milliarden Euro entlasten. Dieses Geld geht ungebunden und unkonditioniert in die Länderhaushalte, wie auch weitere 3,673

Milliarden Euro im nächsten Jahr. Künftig wird der Bund sich mit einer Pauschale in Höhe von 670 Euro pro Monat an den Kosten für einen Asylbewerber beteiligen.

Unsere Verfassung verhindert direkte Zuwendungen des Bundes an die Kommunen. Wir erwarten deshalb von den Ländern, dass das Geld in ganzem Umfang bei den Kommunen ankommt und damit eine Vollkostenerstattung vorgenommen wird. Bislang ist die Vollkostenerstattung nur in drei Bundesländern der Fall: Bayern, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern.

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz reduzieren wir falsche Anreizfaktoren sehr deutlich: Asylbewerber müssen länger in den Gemeinschaftsquartieren der Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen, es gibt kaum noch Bargeld und wir bekommen drei neue sichere Herkunftsstaaten: Albanien, Kosovo und Montenegro. Damit sind alle Demokratien des Westbalkan als sicher eingestuft.

Es ist nicht nur die Tatsache, dass wir den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten erweitern und damit den gesamten Westbalkan zu einer sicheren Herkunftsregion erklären, die bemerkenswert ist. Neu und richtungsweisend ist, dass in Zukunft eine ganze Reihe von Einschränkungen mit dem Status „sicherer Herkunftsstaat“ verbunden sein werden. Es sind Einschränkungen, die denen, die nicht schutzbedürftig sind, den Anreiz für einen Asylantrag in Deutschland nehmen.

In der aktuellen Situation wird es nicht den einen Hebel zur Lösung der Flüchtlingskrise geben. Es gibt auch keine Lösungen über Nacht. Mit dem aktuellen Gesetz machen wir aber einen wichtigen Schritt. Wir nehmen die Sorgen der Menschen in unserem Land nicht weniger ernst als die Not der Menschen in und um Syrien, die uns Verpflichtung sein muss. *(Rudolf Henke)*

» **Aachen-West**

23.11. | 15:00

Bürgersprechstunde im Begegnungszentrum Hanbruch mit Ratsfrau Claudia Plum

» **Brand**

04.11. | 15:00 Uhr

Arbeitskreis „Aktive Senioren“ mit SRTM Wolfgang Königs u.a. zum Thema „Strukturprozess in der SR“, KAB „Begegnungshaus“, Hochstr.

04.11. | 17:30 - 19:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Peter Tillmanns, Bezirksamt, Paul-Küpper-Platz 1

19.11. | 19:30 Uhr

Offene Vorstandssitzung, „Freunder Eck“, Freunder Landstraße 65

29.11. | ab 11:00 Uhr

Feierliche Adventsfeier, „Grieff“, Niederforstbacher Str. 75

» **Burtscheid**

03.11. | 18:30 Uhr

Politisches Gespräch, Gaststätte „Kapellchen“, Malmedyer Str.

» **Eilendorf**

13.11. | 19:30

Offene Vorstandssitzung, Tanzschule „Dance Point“, Von-Coels-Str. 167

» **Forst**

24.11. | 19:30 Uhr

Offene Bürgersprechstunde, „Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

25.11.2015 | 19:30 Uhr

Info-Abend mit dem Planungsausschuss- und CDU-Fraktionsvorsitzenden Harald Baal, Saalbau Kommer, Forster Linde 55

» **Hangeweiher**

10.11. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, Vereinsheim der Kleingartenanlage Hangeweiher, Klemensstraße

» **Kaiserplatz**

04.11. | ab 20:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Politischer Stammtisch mit Ratsherrn Markus Schmidt-Ott, Bezirksvertreter Dr. Ralf Otten und Rolf Einmahl (FV im LVR), Im Kolpinghaus, Wilhelmstraße 50

» **Kornelimünster**

04.11. | 16:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Jacob von Thenen, Bezirksamt, Schulberg 20

06.11.2015 | 19:30 Uhr

CDU-Bürgerdialog zu Themen in und um Kornelimünster, Gaststätte „Zur Krone“, Korneliusmarkt

» **Laurensberg**

02.11. | 17:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsherrn Alexander Gilson, Bezirksamt, Rathausstraße

03.11. | 20:00 Uhr

„Laurensberger Runde“, „Zur Post“ Ecke Roermonder Str. / Rathausstraße

» **Lousberg**

25.11. | 19:00 Uhr

Vorstandssitzung, Sitzungssaal Carolus-Thermen, Passstr. 79

» **Markt**

12.11. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, „Zum Goldenen Einhorn“, Markt

» **Richterich-Horbach**

04.11. | 16:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde, Bezirksamt Richterich

» **Stadtgarten**

05.11. | 18:30 Uhr

Bürgersprechstunde & Offene Vorstandssitzung mit Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer, Städteregionstagsmitglied Jutta Lehnen & Bezirksvertreterin Andrea Derichs, Restaurant „Soers“ Krefelder Str. 86

» **Vaalsesquartier**

Nach Terminvereinbarung

Sprechstunde mit Ratsherrn Christian Krenkel und Städteregionstagsmitglied Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

“Bürgertelefon - der heiße Draht zur CDU Vaalsesquartier“, Tel: 0241 53808322

» **CDA**

26.11. | 19:00 Uhr

Offene CDA-Kreisvorstandssitzung, „Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

» **Junge Union**

05.11. | 20:00 Uhr

Stammtisch für alle Interessierten, Gaststätte „Papillon“, Pontstr. 151

» **MIT**

04.11. | 19:00 Uhr

„Wein, Käse & Politik“ - moderiertes Streitgespräch - Thema „Neue Chancen für die Stadtentwicklung in Aachen“, LIDL-Markt, Peliserkerstr. 69, 10€ Teilnahmebeitrag, Anmeldung erwünscht

Angabe von Terminen bis zum 06.11.2015 an Frau Kalf: 0241/470 7110 oder per E-Mail an anne.kalf@cdu-aachen.de

Wir gratulieren herzlich...

Helmut Olbertz

zum 85. Geburtstag am 05.11.

Günter Lunk

zum 80. Geburtstag am 17.11.

Barbara Lata

zum 80. Geburtstag am 28.11.

Wir brauchen eine einheitliche europäische Datenschutzreform!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dass persönliche Daten bei großen Weltkonzernen wie etwa Facebook oder Google nicht immer in den besten Händen sind, ist den meisten Internet-Nutzern bekannt. Spätestens seit den Enthüllungen durch den Whistleblower Edward Snowden, ist das Thema Datenschutz in aller Munde. Dennoch sind viele Bürgerinnen und Bürger der Meinung, der Ausbeutung ihrer Daten gegenüber großen Konzernen machtlos zu sein. Nicht so Maximilian Schrems. Der österreichische Jurist hakte nach, wie Facebook seine Daten nutzt – mit dem Ergebnis, dass das umstrittene Safe-Harbour Abkommen vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) nun für ungültig erklärt wurde.

Schutz persönlicher Daten

Die EU-Grundrechtcharta spricht jedem Menschen in der EU das Recht auf den Schutz seiner persönlichen Daten zu. Werden europäische Daten in ein Drittland übermittelt, so muss garantiert sein, dass auch dort ein angemessenes Datenschutzniveau vorliegt. Im Jahr 2000 erklärte die Europäische Kommission, dass die USA diesen ausreichenden Schutz grundsätzlich bieten. Den USA wurde somit der Status eines „Safe Harbour“ (sicherer Hafen) für europäische Daten zugesprochen. Damit war es für Konzerne einfacher, personenbezogene Daten in die USA zu transferieren.

Aufhebung des Safe-Harbor Mechanismus

Die CDU/CSU-Fraktion im Europäischen Parlament sah das allerdings anders: Nach den Enthüllungen im NSA-Skandal war für uns klar, dass die USA nicht länger ein „sicherer Hafen“ für personenbezogene Daten aus der EU sind. Das Abkommen hat somit zu keinem Zeitpunkt ausreichenden Datenschutz für europäische Daten gewährleisten können. Daher forderten wir bereits 2014 die Aufhebung des Safe-Harbor Mechanismus. Das Urteil des EuGH hat dies nun bestätigt.

Obwohl das Urteil sicherlich ein Meilenstein auf dem Weg zum verbesserten Datenschutz ist, hinterlässt das gekippte Abkommen einen gewaltigen rechtlichen Flickenteppich. Grundsätzlich dürfen Unternehmen Daten zwar weiterhin an Server in die USA übermitteln. Doch so lange es keinen Ersatz für das Abkommen gibt, muss jeder der 28-Mitgliedstaaten der EU einzeln prüfen, ob sich Unternehmen an die Vorgaben zum Datenschutz halten. Das ist für Unternehmen und nationale Datenschutzbehörden auf Dauer aufwendig und bedeutet vorerst eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Eine Übergangslösung sieht der EuGH in seinem Urteil nämlich nicht vor.

Einheitlicher Rechtsrahmen

Nun ist es dringend erforderlich, eine einheitliche europäische Datenschutzreform zügig abzuschließen. Denn wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern zukünftig einen besseren Schutz ihrer persönlichen Daten garantieren und wir wollen Unternehmen einen einheitlichen Rechtsrahmen bieten. Eine endgültige Fassung der EU-Datenschutzgrundverordnung wird zurzeit im Trilog zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament abgestimmt und soll noch bis Ende 2015 verabschiedet werden.

Auch wenn das EuGH-Urteil selbst noch keine Garantie für einen besseren Datenschutz ist, so ist es doch ein deutliches Zeichen: Einerseits, weil es darlegt, dass Europa das Recht auf Datenschutz ernst nimmt und nicht bereit ist, Schlupflöcher zu schaffen - auch nicht für Weltkonzerne oder amerikanische Behörden. Andererseits aber auch, weil Maximilian Schrems gezeigt hat, dass man als „einfacher Bürger“ eben nicht machtlos gegen den Missbrauch seiner Daten ist. Es liegt jetzt in der Verantwortung der Europäischen Kommission, ein neues und stärkeres Abkommen mit den USA auf den Weg zu bringen.



Ihre Sabine Verheyen

CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen
Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115
E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de
Internet: www.cdu-aachen.de
Redaktion: Annika Fohn, Stefan Dussin

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.